

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 702

Mittwoch, 15. April 2020

27. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Ein ganz anderes Ostern	1
Wie gut sind wir im Kampf gegen COVID-19 vorbereitet?.....	2
Zweites Notstand-Paket: für Familien, KMU ... und den Kongress selbst.....	2
Die Unklarheit von Giammattei und veraltete Gesetze erschweren das Arbeitsleben.....	5

Ein ganz anderes Ostern ...

Guatemala, 7. April – *Unsere Zeit setzt sich aus verschiedenen Elementen zusammen, die für alle Menschen unausweichlich sind, weil die Tatsache über das Religiöse hinausgeht. Auch wenn die Menschen an katholischen oder anderen christlichen Ritualen teilnehmen, viele reisen an die Strände, Seen, Flüsse, in die Wälder und archäologischen Stätten – oder ins Ausland; sie besuchen Familienangehörige und FreundInnen; sie vergnügen sich zu Hause; sie suchen sich irgendeinen Ort der Ruhe; sie unterstützen künstlerische Veranstaltungen jeglicher Art; sie spazieren durch die Städte, den Alltagstrott hinter sich lassend; sie suchen das Getöse der Tourismuszentren und Vergnügungsparks; sie machen Sport; sie machen Überstunden, um ihre geringen Verdiensten aufzubessern; sie engagieren sich in religiösen Aktivitäten, in welchem Kontext auch immer; sie engagieren sich in freiwilligen Diensten – so erlebt die Mehrheit der BewohnerInnen dieses Landes diese Ostertage.*

Allerdings leben wir in einer Gesundheitskrise globalen Ausmasses in dem Moment, in dem ich diese Zeilen schreibe, die grösste seit der Spanischen Grippe im Jahr 1918. COVID-19, so der technische Name, allgemein bekannt als Corona-Virus, hat eine gefährliche Pandemie ausgelöst. Wir sind aufgefordert, vieles von dem, was wir normalerweise tun, ausfallen zu lassen, das gilt auch für die Prozessionen der Fastenzeit und der Ostertage. Orte, an denen viele Menschen zusammenkommen, sind Orte hoher Ansteckungsgefahr. Deshalb müssen wir sie meiden. Traurig, aber wahr.

Im 20. Jahrhundert sind die Prozessionen und die katholischen Gottesdienste niemals abgesagt worden, ebenso wenig wie die Kreuzwege oder Urlaubs- und Erholungsreisen. Niemals. Auch im 21. Jahrhundert geschah dies noch nie.

Die Absage von Prozessionen gab es historisch gesehen im 18. und 19. Jahrhundert. Zeiten, die uns weit weg vorkommen. Wir können uns nicht an irgendetwas Ähnliches erinnern. Eine der Wirkungen des Glaubens ist, dass wir die Welt in unseren Händen zu halten glauben und dass Leben entsteht, weil das dominante System uns dieses glauben macht.

Wir sind besorgt über all das, was diese Unsicherheit hervorruft, weil wir ja nicht nur die Ostertage nicht wie sonst üblich begehen können, sondern weil wir wissen, dass die Menschheit überall (an einigen Orten mehr, an anderen weniger) mit dieser Gefahr leben müssen.

Wir werden Ostertage haben, abgeschnitten von ihren traditionellen Ritualen, die – wie oben angedeutet – nicht nur religiöser Natur sind. Das bedeutet nicht, dass wir alle Aspekte nicht erleben können, weil es je nach Aspekt unterschiedlich ist. In Bezug auf die spirituellen und religiösen Rituale wird es künftig womöglich eine Hinwendung zum Fundamentalen geben. Die Metapher vom Rückzug aus den vierzig Tagen (paradoxe Weise haben ja der spanische Begriff für Fastenzeit «cuaresma» und Quarantäne (cuarentena) denselben Ursprung) in der Wüste, an denen wir unsere Liebsten (Familie und sonstige FreundInnen) nicht persönlich treffen können, wird heute häufiger als je zuvor verwendet. Bei dieser Übung in Spiritualität wird sich jeder überlegen, wie er sie fließen lassen kann.

Aber es sollte auch darüber nachgedacht werden, was wir danach tun werden, auch wie wir unsere Prozessionen durchführen. Wie uns die Natur als Teil derselben systemischen Widersprüche einen Strich durch die Rechnung gemacht hat, zeigt uns viel von dem, was wir in der Welt unzulänglich getan haben. Was werden wir also mit unserer Karwoche machen, wenn wir wieder hinausgehen und eng zusammen sein können?

Werden die gleichen Prozesse weitergehen, in denen sich die Leute nur um Prestige und Akkumulation sorgen oder werden Räume geschlossen und eingeengt, sodass Tradition und Zeit gänzlich unabhängig von den Bedürfnissen der Ge-

meinschaft gedacht werden? Dazu gehören Überlegungen nach innen und außen, etwa zu den Machtverhältnissen, die für viele Büssermützen [*d.s. aktive Teilnehmende an den Prozessionen mit ihren charakteristischen Kopfbedeckungen, d.Red.*] und Gläubige den Genuss traditioneller Riten einschränken, oder in Bezug auf Probleme der sozialen Koexistenz von Traditionen mit anderen Lebensformen in den Städten. Werden wir nach dieser Erfahrung der erzwungenen Gefangenschaft besser miteinander umgehen können, weil das Leben selbst in Gefahr ist?

Wäre es zum Beispiel möglich, einen runden Tisch einzurichten, an dem alle gesellschaftlichen Akteure teilnehmen, die an den für viele so wichtigen Prozessionen beteiligt sind, die ihre notwendigerweise vorhandenen Widersprüche bearbeiten, bevor unversöhnliche Konflikte entstehen? Damit meine ich Vertreter [*eher ohne -innen, d.Red.*] des Erzbistums, der Bruderschaften, der Verbände, der Laienbruderschaften, der Gemeinden, der Verkehrspolizei, des Innenministeriums, der Nachbarschaftskomitees, der ArbeiterInnen, der MusikerInnen, der StraßenverkäuferInnen, der Kaufleute. Um sich von üblichen Gewohnheiten zu unterscheiden, muss sich Tradition mit einem Gefühl der Transzendenz verbinden. Vielleicht ist dies der Moment, in dem wir, die wir das Privileg haben, zu Hause zu bleiben, darüber nachdenken können, wie transzendent unsere Traditionen der Fastenzeit und der Karwoche waren und auch weiterhin sein sollten, ob religiös oder nicht, sodass sie das Gefühl haben, eine bessere Gemeinschaft aufzubauen. Ich sage nicht, dass sie verschwinden sollten, sondern im Gegenteil, dass sie weiter existieren sollten, aber besser. Mit dem Ziel, einen Beitrag zu leisten, ohne Schaden anzurichten. Oder dass die Widersprüche abnehmen. Denn wenn das Leben auf diese Weise eine Pause einlegt, können wir mehr Klarheit spüren.

Anlässlich dieses jetzt fünften La Hora-Oster-Specials wünschen wir Frieden für Sie alle. Dass die globale Krise uns so wenige Komplikationen wie möglich beschere. Wir denken an die Familien in Trauer und an jene, die aus den unterschiedlichsten Gründen, nicht nur dem aktuellen, in einem dauerhaften Zustand der Verletzlichkeit leben.

Danke für die Lektüre, Kommentare und Reflexionen und wir hoffen, dass unser Heft dazu beitragen kann, den Schmerz dieses historischen Ereignisses, das wir gerade durchleben, ein wenig zu lindern. (La Hora)

Wie gut sind wir im Kampf gegen COVID-19 vorbereitet?

Guatemala, 7. April - Giammattei versichert, dass Guatemala selbst für die schlimmsten Szenarien in dieser Gesundheitskrise vorbereitet seien. Diese Zahlen zeigen uns, wie es in der Realität aussieht. Am 20. März hatte Präsident Alejandro Giammattei im nationalen Kanal angekündigt, dass vier provisorische Krankenhäuser errichtet werden, um die Gesundheitskrise bewältigen zu können. Er versicherte, dass die Regierung jedes derselben ausstatten werde und dass "wir auf die schlimmsten Szenarien vorbereitet sind". Etwas später verkündete er, dass es fünf provisorische Krankenhäuser sein werden: das im Industriepark in der Hauptstadt, eines in Quetzaltenango, eines im Petén, eines in Zacapa und eines in Escuintla.

Dies sind die Informationen, die die Regierung über die Ausstattung der Kliniken mit Personal, Tests etc. herausgegeben hat. Mit anderen Worten: Sie zeigen, mit welcher Kapazität diese die härtesten Zeiten der Pandemie angehen kann.

1. Tests: Zwischen dem 17. Februar und dem 4. April wurden in Guatemala insgesamt 1.134 Tests durchgeführt, d.h. durchschnittlich 24 pro Tag. Die nationalen Laboratorien sagen, dass sie eine Kapazität von 200 Tests pro Tag hätten. Das heißt, dass sie von dieser Kapazität momentan gerade einmal 12 % ausschöpfen. Neben den nationalen Laboratorien gibt es fünf weitere Institutionen: das IGSS und vier private Kliniken (Herrera Llerandi, Centro Medico, Esperanza, El Pilar). Die Tests werden kostenlos sein.

2. Infrastruktur und Personal zur Behandlung von Corona-Fällen: Es gibt insgesamt fünf provisorische Hospitäler mit insgesamt 96 Betten, davon 48 Betten im Industriepark und je 12 Betten in provisorischen Krankenhäusern in Quetzaltenango, Zacapa, Petén und Escuintla. In diesen gibt es insgesamt 56 Beatmungsgeräte und die Regierung hofft auf 200 gespendete Geräte. Es gibt dort 450 ÄrztInnen und Krankenschwestern und -pfleger, sowie 55 Verwaltungskräfte. (Plaza Pública) Der aktuelle Stand bei Redaktionsschluss lag bei 167 Fällen am 13. April (am 8. April waren es 87 Fälle), darunter auch ein Arzt aus einer der oben genannten Privatkliniken. Die Zahl der Genesenen positiv Getesteten lag bei 19, die Zahl der Todesfälle bei 5. (Nómada)

Zweites Notstand-Paket: für Familien, KMU ... und den Kongress selbst

Guatemala, 2. April – Es gab keine Gegenstimmen und keine Enthaltungen. Der Kongress genehmigte das zweite Wirtschaftsrettungsprogramm für Familien, die vom COVID-19-Virus betroffen sind mit 150 Ja-Stimmen. Zehn Abgeordnete waren nicht anwesend. Der Entwurf, den die Regierung einbrachte, besteht aus einer Haushaltsausweitung um 11 Mrd. Q (= 1,276 Mrd. €), um armen Leuten, entlassenen ArbeiterInnen des privaten Sektors und KleinunternehmerInnen zu helfen.

Der Tag war nicht nur intensiv, sondern auch extensiv. Um vier Uhr morgens beendeten die Abgeordneten die Diskussion über Reformen und Verbesserungsvorschläge an dem Entwurf, der den wirtschaftlichen Folgen des Virus begegnen soll. Das neue Dekret, ausgearbeitet von der Regierung Giammattei, beinhaltet eine ganze Reihe von Massnahmen, um zu garantieren, dass ein breiter Sektor der Bevölkerung Geld aus dem öffentlichen Staatssäckel erhält. Profitieren sollen in den nächsten Monaten arme Familien, ArbeiterInnen im privaten Sektor, die während des Notstands entlassen wurden und Klein- sowie mittelständische Unternehmen. Dazu wird eine grosse Geldsumme benötigt (etwa 2 % des BIP), die nicht im allgemeinen Haushalt des Landes vorhanden ist: 11 Mrd. Q (= 1,276 Mrd. €), die in direkte Transfers, Zuschüsse für ArbeiterInnen und Darlehen fließen sollen.

Der Kongress und die Exekutive scheinen sich darin einig zu sein, in dem Tumult der Krise in aller Eile eine Haushalts-erweiterung um 5 Mrd. Q (= 580 Mio. €) zu beschliessen, die vielen nützt, allerdings nicht dem Gesundheitssektor und den am meisten von COVID-19 betroffenen Gruppen. Es handelt sich im Übrigen um das zweite Paket.

Diese Massnahmen wurden vorgeschlagen:

- Gehaltszahlungen und Vereinbarungen mit Gewerkschaften: Geplant ist, dem Innenministerium 150 Mio. Q (= 17,4 Mio. €) für die Zahlung der Gehälter der PolizeibeamtInnen und für die Ausstattung mit neuen Technologien zu überweisen. Weitere 500 Mio. Q (= 58 Mio. €) gehen an das Bildungsministerium, um die fünfprozentige Gehaltserhöhung zu zahlen, die die Regierung Jimmy Morales bereits 2018 mit den Gewerkschaften vereinbart hatte.
- Geld für den Kongress und das Zentralamerikanische Parlament PARLACEN: Die Abgeordneten genehmigten für den Kongress (ohne genau zu sagen, wofür) 20 Mio. Q (= 2,32 Mio. €), 1,5 Mio. Q (= 174.000 €) für PARLACEN und 5 Mio. Q (= 580.000 €) für die Vereinigung der Würdenträger der Nationalen Verfassungsversammlung, eines Vereins, der Jimmy Morales damals dabei geholfen hatte, die CICIG aus dem Land zu werfen.
- Modernisierung von Bildungszentren, Strassenbauprojekten und Aufrechterhaltung der Infrastruktur: 724 Mio. Q (= 84 Mio. €) gehen an das Verkehrsministerium für Verkehrsinfrastruktur. Gerade einmal 58 Mio. Q (= 6,73 Mio. €) dieser Gelder für Infrastrukturmassnahmen sind für die Modernisierung von Krankenhäusern und Gesundheitszentren vorgesehen.
- Ein Radargerät für das Institut für Seismographie, Vulkanologie und Meteorologie und Hydrologie (INSIVUMEH): Für den Kauf eines Radargeräts für die nationalen meteorologischen Stationen sollen 30 Mio. Q (= 3,48 Mio. €) ausgeben werden.
- 40 Mio. Q (= 4,64 Mio. €) für das Institut für die Hilfe und Betreuung von Kriminalitätsoptionen der ex-Abgeordneten Alejandra Carrillo: Carrillo war eine Schlüsselfigur in dem Fraktionsblock zur Aufrechterhaltung der Immunität von Jimmy Morales.
- Nur 30 Mio. Q (= 3,48 Mio. €) für das Gesundheitsministerium, um die Infrastruktur der Gesundheitszentren und Krankenhäuser zu verbessern. [*Und was ist mit den oben genannten 58 Mio. Q (= 6,73 Mio. €)?, fragt die Redaktion*]
- Gehälter für die MitarbeiterInnen des Rechnungshofes: 120 Mio. Q (= 13,92 Mio. €)
- Mittel für den Justizsektor (in Zeiten einer Gesundheitskrise!): 350 Mio. Q (= 40,6 Mio. €): Sie dienen der Förderung des Justizwesens, der besseren Ausstattung mit moderner Technologie. Die Staatsanwaltschaft (MP) erhält knapp 295 Mio. Q (= 34,2175 Mio. €) und das Institut für öffentliche Strafverteidigung 22 Mio. Q (= 2,55 Mio. €);
- Investitionsanreize für die Waldwirtschaft: 200 Mio. Q (= 23,22 Mio. €) sind für die Finanzierung von Projekten vorgesehen, die bereits 2018 beschlossen worden sind. Das genannte Programm wurde bereits häufiger wegen seiner klientelistischen Zweckentfremdung kritisiert.
- Die Entwicklungsrate der Departamentos werden 600 Mio. Q (= 69,66 Mio. €) erhalten für Aufgaben, die in dem Entwurf nicht näher ausgeführt sind.

Ein Entwurf, der nicht wirklich diskutiert wurde

Der Abgeordnete, Samuel Pérez (SEMILLA) kritisierte, dass der Finanzausschuss gestern Nacht zusammengekommen ist, um den Vorschlag zu bewerten, aber all das ohne Diskussion oder Debatte. Die Abgeordneten kamen zu vorgegebenen Vereinbarungen und beschlossen diese Erweiterung in einer überraschenden Form. "Sie haben etwas unterschrieben, ohne dass über die Erweiterung des Haushalts um 5 Mrd. Q (= 580 Mio. €) diskutiert worden ist – jedenfalls nicht im Ausschuss. Diese Massnahme konzentriert sich auf die Zahlung von Gehältern und anderen Ausgaben, die nicht prioritär sind", sagte er weiter. Sonia Gutiérrez, Abgeordnete von WINAQ, findet den Entwurf inkohärent, da nicht versucht wird, die Gesundheitskrise wirklich anzugehen. "Das ist ein unmenschlicher Entwurf, weil andere Prioritäten angebracht wären, die Anpassung des Haushaltes muss sich auf die Gesundheitskrise konzentrieren und nicht irgendwelche unbedeutende Ausgaben", meint sie.

Trotzdem wurde der Entwurf im Kongress verabschiedet. Der Parlamentspräsident Allan Rodríguez von der Regierungspartei rief alle Abgeordneten dringend dazu auf, die Vorlage zu verabschieden.

Ein Bonus: Zusätzlich zur Ausgabenerweiterung für Ausgaben, die aktuell nicht für die Lösung der Gesundheitskrise notwendig wären, hat der Kongress auch ein Steuerpaket beschlossen. Der Abgeordnete Jorge García Silva von der Partei Prosperidad Ciudadana versucht das «100-jährige Gesetz für Investition und Beschäftigung» durchzudrücken. Ein Gesetz, das den Unternehmen für 100 Jahre Steuerprivilegien und Ausnahmen bei fast allen vorhandenen Steuern gewähren würde. Bei Redaktionsschluss und kurz vor der Parlamentssitzung blockierten die Abgeordneten den JournalistInnen den Zugang zu deren Plätzen im Kongress. (Nomada/Plaza Publica)

Einstimmig beschlossen wurden von den genannten Vorschlägen insbesondere die folgenden:

1. Es wird ein Fonds für Familien eingerichtet: Dabei wird zwei Millionen Familien für die kommenden drei Monate 1.000 Q (= 116 €) monatlich gezahlt. Das Ministerium für Soziale Entwicklung (MIDES) wird die Kriterien aufstellen, nach denen die Familien ausgewählt werden. Der Kongress hatte jedoch schon vorab ein paar Kriterien festgelegt: "Arme Personen, alleinstehende Mütter und alleinerziehende Haushalte, alte Menschen, Behinderte, Personen mit chronischen Erkrankungen, Familien mit unterernährten Kindern". Um diese Überweisungen zu leisten, werden Banken genutzt. Finanzminister Álvaro González Ricci versicherte, dass Personalausweise in eine Kreditkarte umfunktioniert werden könnten, mit der die Familien das Geld erhalten können. In einer solchen Lage sei es wichtig, schnelle und effiziente Mechanismen einzuführen, damit jene Personen, die Hilfe benötigen, diese auch bekämen.

Nach Ansicht von Hugo Maúl, Analyst des Zentrums für Nationale Wirtschaftliche Studien (CIEN), “werden dazu Kontroll- und Überwachungsmechanismen benötigt, um die Transparenz bei der Übergabe der Gelder zu garantieren. Das Problem liegt darin, dass die Regierung von Giammattei ein Sozialministerium übernommen hat, das in einem schlechten Zustand war und das vorwiegend ihr Klientel bedient hat. Ich glaube nicht, dass dieses Ministerium die Fähigkeit hat, um die geeignete Antwort auf diese Krise zu geben”, sagt Maúl.

Das sieht Carmen Rosa de León vom Pakt der BürgerInnen, einer Allianz verschiedener Organisationen der Zivilgesellschaft, genauso. (...) Sie versichert, dass es nicht ausreicht, dem Rechnungshof mit der Überwachung der Massnahmen zu betrauen. “Es müsste eine multisektorale Kommission geben, in der die Regierung, der private Sektor und soziale Organisationen teilnehmen, um zu überprüfen, dass das Geld an Familien geht, die tatsächlich bedürftig sind”, sagt sie.

2. Sie zahlen 75 Q (= 8,70 €) pro Tag an ArbeiterInnen des privaten Sektors, die aufgrund der Krise entlassen worden sind. Zu diesem Zweck werde ein Fonds für Beschäftigungsschutz in Höhe von 2 Mrd. Q (= 232 Mio. €) eingerichtet. Obwohl es viele Forderungen dahingehend gab, die Hilfen für die ArbeitnehmerInnen über das Institut für Sozialversicherung (IGSS) abwickeln zu lassen, wird dieser Fonds von der Nationalen Kredit- und Hypothekenbank (CHN) verwaltet werden und zwar – wie es im Gesetz heisst – “nach den Richtlinien des Wirtschaftsministeriums, in Abstimmung mit dem Ministerium für Arbeit und soziale Vorsorge”.

Carmen Rosa de León vom dem Pakt der BürgerInnen sagt, dass es zielführender wäre, wenn der Fonds über die Sozialversicherung abgewickelt werden würde. “Es geht nicht darum, die Reserven des IGSS anzutasten, sondern dessen Mechanismen zu nutzen, welche besser geeignet sind, um Zahlungen an die ArbeitnehmerInnen zu leisten”, sagt sie.

Auch für Hugo Maúl wäre das IGSS die Institution geeigneter, um den Fonds zu verwalten. (...) De León ergänzt, dass es nötig wäre, die Verbindung zwischen den entlassenen ArbeitnehmerInnen und den Unternehmen aufrecht zu erhalten. Ansonsten werde es hohe Arbeitslosenzahlen in den kommenden Monaten geben.

3. Es werden Kredite mit weicheren Konditionen an Klein- und mittelständische Unternehmen (KMU), HändlerInnen und EinzelunternehmerInnen in Höhe von maximal 250.000 Q (= 29.000 Euro) gewährt. Diese Massnahme hat laut Gesetz das Ziel, “Arbeitskapital zu finanzieren und die Aufrechterhaltung des Handels zu gewährleisten”.

Für diese Darlehen wurde ein Kreditfonds für Arbeitskapital in Höhe von 3 Milliarden Quetzales (= 348 Mio. €) eingerichtet, das ebenfalls von der CHN verwaltet werden soll. In Guatemala sind es die Klein- und MittelständlerInnen, die die meisten Arbeitsplätze, laut Wirtschaftsministerium 80 % der Beschäftigungsverhältnisse, schaffen und 40 % des BIP erzeugen. Zugleich ist es die Gruppe, die am heftigsten von der Krise geschädigt wird, weil für sie im Allgemeinen der Zugang zu Krediten schwierig und ihre Liquidität niedrig ist.

Carmen Rosa de León hält die Darlehen für KMU für absolut notwendig, aber nicht für ausreichend, weil es nicht nur darum gehen dürfe, das Kapital der Unternehmen zu erhalten, sondern auch darum, den Verkauf der Waren abzusichern. “Die KleinproduzentInnen in den ländlichen Regionen werden nicht erfasst. Wenn deren Produktion und Verkauf der Waren nicht garantiert werden kann, dann wird das Problem der Unterernährung zunehmen”, befürchtet sie.

Der Kongress hat den Entwurf der Regierung in Bezug auf die Verwaltung des genannten Fonds verbessert: So werden 270 Mio. Q (= 31,32 Mio. €) an das Energieversorgungsunternehmen INDE überwiesen, um die bestehenden Sozialtarife für jene Haushalte mit einem Verbrauch von weniger als 300 KW pro Monat auszuweiten.

4. All diese Massnahmen des Plans für wirtschaftliche Genesung benötigen eine **Ausweitung der Haushaltsausgaben um insgesamt 11 Mrd. Q (= 1,276 Mrd. €)**. Dafür werden die öffentlichen Schulden erhöht. Als eine Ausnahmeregelung hat der Kongress die Ausgabe von Schatzbriefen autorisiert, die von der Bank von Guatemala (BANGUAT) aufgekauft werden sollen. Die Verfassung erlaubt dieses Vorgehen nur in Katastrophenfällen, um so die Inflation zu mindern, die das Geld drücken ohne Unterstützung durch die realen Werte im Land bedeuten würde. “Die Höhe der Darlehen bedeuten keine Inflationsgefahr, wenn man die Höhe der Geldmittel, die die Bevölkerung zur Verfügung hat, damit in Beziehung setzt”, findet Hugo Maúl vom CIEN. “Allerdings kann man so nicht immerwährend verfahren”, warnt er.

5. Der Kongress hat ebenfalls das Dekret 15-2020 verabschiedet, das zusätzliche Massnahmen zur Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen von COVID-19 beinhaltet. **Es verbietet das Abstellen von Wasser, Kabeln Fernsehen, Strom, Telefon oder Internet in Zeiten des Notstandes und die Anwendung von Verzugsgebühren, Zinsen oder Verwaltungsgebühren.** Das Gesetz ermöglicht es, Zahlungsvereinbarungen zwischen Unternehmen und NutzerInnen der Dienstleistungen auszusetzen, die ihre Rechnungen aktuell nicht bezahlen können. Ausserdem ist die CHN angewiesen worden, Darlehen an Unternehmen zur Wasser- und Kabelanschlussversorgung zu vergeben, um die Höhe der unbezahlten Rechnungen aufzufangen.

Für Hugo Maúl vom CIEN passen diese Massnahmen nicht zu den übrigen des Plans zur wirtschaftlichen Gesundung. “Das Ziel dieser Überweisungen und Kredite ist es, dass die Leute Geld haben, um diese Leistungen zahlen zu können”, sagt der Experte. “Wenn es legal ist, für Dienstleistungen nicht zu zahlen, wird der Zahlungseingang in die Kassen der Unternehmen gestoppt und damit auch deren Leistungen beeinträchtigt. Zudem könnte dieses Vergehen bei diesen Unternehmen Probleme in ihrer Funktionalität und damit in ihrer Fähigkeit, die Darlehen zurückzahlen, verursachen. Das könnte schliesslich das Finanzsystem insgesamt in Mitleidenschaft ziehen”, fürchtet Maúl. Der Experte findet es auffällig, dass es Zahlungsvereinbarungen für Kommunikationsunternehmen gibt. “Diese Entscheidung ist verdächtig, wenn wir an die möglichen Beziehungen zwischen den Distrikt-Abgeordneten und diesen Firmen denken”, meint er.

Nach Ansicht von Carmen Rosa de León vom Pakt der BürgerInnen ist die Ermöglichung des Zahlungsaufschubs für Dienstleistungen ein Mittel, um die Sorgen der städtischen Bevölkerung zu berücksichtigen und Demonstrationen aufgrund von Unzufriedenheit zu vermeiden. (Plaza Pública)

Die Unklarheit von Giammattei und veraltete Gesetze erschweren das Arbeitsleben

Guatemala, 6. April - "Doña Chonita" und ihre MitarbeiterInnen müssen zu einer "einvernehmlichen Vereinbarung" kommen, doch sind die Regelungen unklar, sowohl für sie als auch für ihre Angestellten. Präsident Giammattei ist lauwarm und das Arbeitsministerium unsichtbar. Angestellte und ArbeitgeberInnen beginnen ein Spiel ohne SchiedsrichterInnen, in der das Spielfeld eine noch nie dagewesene Gesundheitskrise ist.

Am 16. März, drei Tage nach dem ersten Corona-Fall in Guatemala, verkündete Präsident Alejandro Giammattei im Nationalen Fernsehen einige Massnahmen der Regierung. Die Anordnungen waren streng: Arbeitsstopp für alle privaten und öffentlichen Sektoren mit Ausnahme von wichtigen Industriebranchen und Regierungsorganen, die für die Bewältigung der Krise zuständig sind. Das war eine drastische Massnahme, aber sie dauerte nur einige Stunden. Am folgenden Tag verpflichtete die Mehrzahl der Unternehmen ihre ArbeitnehmerInnen zur Arbeit zu kommen. Die Regierung gab ihre Zustimmung und das Wirtschaftsministerium legte eine Form fest, die es jedem Unternehmen ermöglichte, seine Tätigkeit fortzusetzen, solange es ein paar Fragen beantwortete und sich in "gutem Glauben" an die Gesundheitsmassnahmen hielt. Am 22. März machte Giammattei deutlich, dass alle ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen eine Vereinbarung treffen müssen, bei der die Regierung nicht eingreift. Das Arbeitsministerium war in den Tagen der Entlassungen unsichtbar. Ohne den Wunsch, die Spielregeln festzulegen, läuft alles auf ArbeitnehmerInnen ohne Verhandlungsspielraum und ArbeitgeberInnen hinaus, die mitten in der Wirtschaftskrise ihren MitarbeiterInnen anbieten, zu unterschreiben oder entlassen zu werden. Mitten in der Krise wird die Antwort immer die Unterschrift sein.

Die Unsicherheit bei den ArbeiterInnen:

"Ich weiss nicht, ob das, was die mit uns machen, legal ist oder nicht", sagt einer der MitarbeiterInnen eines Call Centers, der für Anrufe der NutzerInnen von Movistar in Mexiko-Stadt zuständig ist. Vor einigen Tagen habe das Unternehmen 80 MitarbeiterInnen entlassen und von anderen verlangt, dass sie für ihre Abwesenheit Urlaub nehmen müssen – so sagt es eine Quelle, die ungenannt bleiben will.

María José arbeitet derzeit für dasselbe Unternehmen. Sie fehlte einige Tage auf der Arbeit, weil der Firmenbus zwei Kilometer weiter fährt. "Ich bin eine Frau und bewege mich allein in einer sehr gefährlichen Gegend", sagt sie und fügt hinzu, dass sie um 5.30 Uhr an der Central de Mayoreo vorbeikommt, wo zu der Zeit wenig Leute sind. An diesem Tag zahlte sie zum Beispiel 52 Q (= 6 €) für ein Uber-Taxi, um dorthin zu gelangen und herauszufinden, ob sie gefeuert wurde oder nicht. "Mein Cousin wurde dort überfallen, wo ich vorbeikommen muss, um den Bus zu nehmen, es ist ein einsamer Ort", sagt sie und versichert, dass andere Kollegen in der gleichen Situation sind. Sie und ihre KollegInnen erkundigten sich beim Arbeitsministerium und erhielten die Auskunft, dass sie nicht verpflichtet seien, den Bus zu nehmen, wenn er mehr als einen Kilometer von ihrem Wohnort entfernt vorbeifährt. Es gibt jedoch nichts Schriftliches.

Keine Vorschrift, kein Gesetz oder das Arbeitsgesetzbuch selbst enthält eine solche Bestimmung.

Marco, ein anderer Mitarbeiter des Call Centers hegt Zweifel: "Ist es legal, dass ich unterschreiben muss, für diese Zeit Urlaub zu nehmen?" Sie nötigten ihn zu unterschreiben, weil er sonst entlassen worden wäre. Es gab da keine Verhandlungen, um zu einer Einigung zu gelangen. "So sind die Regeln des Unternehmens", sagte die Person, die Marcos aufforderte, zu unterschreiben. Das Arbeitsministerium versicherte, dass die Angestellten diese Urlaubsregelung unter Drohungen nicht akzeptieren müssten, aber wenn "die Unternehmen den ArbeitnehmerInnen ihre Sozialleistungen (nach ihrer Entlassung) zahlen, dann können wir nicht eingreifen", heisst es in dem Schreiben des Ministeriums.

Die Unfähigkeit des Arbeitsministeriums

Die Hotline des Arbeitsministeriums anzurufen ist leicht, aber jemanden ans Telefon zu bekommen, schwer. Die Leitungen sind seit Tagen überlaufen. — "Hallo, Entschuldigung, ist dieses oder jenes Vorgehen legal?", fragen mehr als 17.000 Personen, die im Ministerium anrufen. Die Antworten fallen unterschiedlich aus, aber für den Fall, dass die Fragen zu arbeitsrechtlichen Bestimmungen zu Überprüfungen führen, gibt es dafür nur insgesamt 220 InspektorInnen im ganzen Land. Vielleicht auch weniger. Laut dem Ministerium sind diese 220 momentan nicht aktiv, da sie zu den präsidialen Ausnahmebestimmungen gehören könnten: Personen mit Erkrankungen oder Leute in einem höheren Alter. Die Regelungen sind klar, aber das Arbeitsministerium sagt nicht, wie viele InspektorInnen in diesen Krisenzeiten arbeiten. Es sagt auch nicht, wie viele Anzeigen seit dem 15. März, dem Tag, als der erste Corona-Fall aktenkundig wurde, verifiziert worden sind. Die wenigen InspektorInnen müssen aktuell 772 Anzeigen nachgehen.

Laut der Abgeordneten Adela Camacho Torrebiarte von der Fraktion CREO und Vorsitzende des Arbeitsausschusses des Kongresses hat das Ministerium zugesagt, 20 weitere Personen einzustellen. Die Zahl scheint niedrig und unzureichend angesichts der arbeitsrechtlichen Probleme im Land.

Roman Castellanos, der für die Fraktion SEMILLA ebenfalls im Arbeitsausschuss sitzt, versichert, dass die Arbeit der SupervisorInnen unter diesen Bedingungen mangelhaft sei, da die Präsenz in den Betrieben selten ist und die Mehrheit sich auf die Einhaltung der gesundheitlichen Schutzmassnahmen, die die Regierung beschlossen hat, konzentriert.

Für den Arbeitsrechtler René Girón "gibt es in der Generalinspektion des Arbeitsministeriums ein totales Schweigen" zur Frage der Spielregeln, was die Situation verschärft. Laut Girón müsse sich die Regierung jetzt zwischen den Optionen entscheiden, 1) Entlassungen zu verbieten; 2) klare Regelungen zu schaffen über Arbeitsniederlegungen und Entlassungen. Im zweiten Fall bestünde die Lösung in einer sofortigen Zahlung von Sozialleistungen.

Für den Anwalt Edgar Ortíz besteht in Guatemala auch deswegen eine Krise, weil die Regierung weiterhin nicht gewillt ist, eine aktive Rolle bei der Vermittlung der Konflikte zwischen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen zu spielen.

Er verweist auf Europa, wo versucht wird, das Problem der Arbeitslosigkeit mit starken Schutzmodellen zu lösen, damit

die Unternehmen ohne die Notwendigkeit von Entlassungen funktionieren. Auf der anderen Seite gibt es Staaten, die direkte Zahlungen an die betroffenen ArbeiterInnen leisten. In Guatemala gebe es keine Politikausrichtung. Die Lösung aus der Sicht von Ortiz wäre es, dass die Regierung "die Befugnis hat, alle Verträge auszusetzen", und dass die IGSS dafür verantwortlich ist, die Gehälter nicht mit ihren eigenen Mitteln zu zahlen (eine Maßnahme, die die Sozialversicherung letzte Woche abgelehnt hat), sondern mit Mitteln, die von der Zentralregierung speziell zum Schutz der formellen Beschäftigung überwiesen wurden.

Eine verpflichtendes Arbeitsgesetzgebung

Im Jahre 1947 wurde die Arbeitsgesetzgebung als Teil jener Reformen verabschiedet, die die Regierung unter Juan José Arévalo zum Schutz von ArbeiterInnen einführte. Diese Gesetzgebung wurde 1961 vom Kongress reformiert. Nun ist das Gesetz mehr als 56 Jahre in Kraft und es gibt keinen Artikel, der eine Situation wie die heutige hätte vorhersehen können, in der die Industrie des ganzen Landes sich gezwungen sieht, ihre Produktion zu stoppen. Das heisst, dass nun wahrscheinlich keine einzige Regelung des Arbeitsgesetzbuches an die Situation, die wir haben, angepasst ist. Arbeitsrechtler René Girón erklärte, dass er, wenn er vor zwei Wochen gebeten worden wäre, einem (Zwangs-)Urlaub für einen Arbeitsausfall zuzustimmen, empfohlen hätte, nicht zu unterschreiben. Er versichert jedoch, dass jetzt kleine und mittlere Unternehmen, die 80% der formellen Arbeitsplätze im Land ausmachen, nicht über ausreichende Mittel verfügen, um die Lohn- und Gehaltszahlungen während der Krise aufrechtzuerhalten. Er fügt hinzu, dass nun auch die MitarbeiterInnen ein Opfer bringen müssen. Unternehmen entscheiden jetzt, ob sie in Konkurs gehen (und alles bezahlen) oder nach der Krise in Konkurs gehen", weil sie gegen die Arbeitsgesetze verstoßen haben. "Wir können in diesen Krisen nicht nach Regeln urteilen, die veraltet sind", sagt der Arbeitsrechtler, der die Notwendigkeit klarer Regeln sofort betont. In diesem Szenario bestehe ein dringender Bedarf an einer Änderung des Arbeitsgesetzes oder einer Reihe von Übergangsregelungen, die eindeutig formuliert sind und Konflikte zwischen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen vermeiden. Laut Edgar Ortiz ist das Arbeitsgesetzbuch "nicht sehr flexibel für Verhandlungen - besonders in dieser Zeit". Daher könne es zwar faire Verhandlungen geben, die nach dem Gesetz dennoch illegal sein könnten.

Der Kongress kommt langsam in die Gänge:

Die Abgeordnete Evelyn Morataya von der Fraktion BIEN, ebenso Mitglied im Arbeitsausschuss, sagt, dass der Kongress "effektiver und schneller sein" müsse, aber es sei niemals über eine ähnliche Lage zuvor gesprochen worden. Jede Massnahme erscheine so als zu wenig. Sie bedauere, dass es "in dieser Krise ein Gefühl gibt, dass sich der Staat nicht um den Schutz der Menschen kümmere". Sowohl Camacho als auch Morataya und Castellanos sind sich darüber einig, dass die einzige Form der Hilfe momentan die Notfallbons sind [siehe oben ausführlich dargestellt, d.Red.] Camacho schätzt, dass zwischen zwei und dreihunderttausend Personen mehr in der Industrie entlassen werden könnten. Fälle wie die von María José und Marcos würden sich wiederholen, wenn die Regierung keine klaren Regeln für ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen aufstellt. "Aktuell hat das Arbeitsministerium eine historische Rolle. Niemals wurde sein Eingreifen mehr gebraucht als heute", sagt der Arbeitsrechtler René Girón. Er hofft, dass sowohl Präsident Giammattei wie auch der Arbeitsminister nicht mehr wegschauen und dass die Regeln, die sie aufstellen werden, strikt eingehalten werden, um die Wirtschaft und die Menschen im Land nicht zu schädigen. (Nómada)

¡Fijáte!

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein **¡Fijáte!**, registriert in CH-2502 Biel

c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnent: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnent 85.-CHF

Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH380900000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6